

Die Rückkehr des Staates?



Nach der Finanzkrise

Elmar Altvater

Hans-Jürgen Bieling

Alex Demirović

Heiner Flassbeck

Werner Goldschmidt

Mehrdad Payandeh

Stefanie Wöhl

Elmar Altvater/Hans-Jürgen Bieling/Alex Demirović/Heiner Flassbeck/
Werner Goldschmidt/Mehrdad Payandeh/Stefanie Wöhl
Die Rückkehr des Staates?

Elmar Altvater / Hans-Jürgen Bieling / Alex Demirović /
Heiner Flassbeck / Werner Goldschmidt /
Mehrddad Payandeh / Stefanie Wöhl

Die Rückkehr des Staates?

Nach der Finanzkrise

www.wiso.uni-hamburg.de/zoess

www.vsa-verlag.de

Bei den Beiträgen des vorliegenden Bandes handelt es sich um überarbeitete Vorträge einer Vorlesungsreihe, die unter dem Titel »Die Rückkehr des Staates? Politik, Staat und Gesellschaft nach der Finanzkrise« vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien – in Kooperation mit der Stipendiatengruppe HWP der Hans-Böckler-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg – im Sommersemester 2009 am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg veranstaltet wurde.

Wir bedanken uns für die Förderung des Projektes durch das Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien an der Universität Hamburg, die Stipendiatengruppe HWP der Hans-Böckler-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg.

Koordination: Yasar Aydin

Redaktionelle Bearbeitung: Carmen Richard

Inhalt

Elmar Altvater

Vom finanzgetriebenen zum staatsgetriebenen Kapitalismus 7

Alex Demirović

»Politik und Wirtschaft kann man nicht trennen« 19

Zur Aktualität eines Gemeinplatzes

Hans-Jürgen Bieling

Metamorphosen des »integralen Staates« 37

Konkurrierende Leitbilder in der Krisendiskussion

Stefanie Wöhl

**Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union
in der Krise** 61

Mehrdad Payandeh

Finanzmarktkapitalismus am Ende? 81

Heiner Flassbeck

Gute gegen schlechte Schulden 105

Der Staat in der Finanzkrise

Werner Goldschmidt

**Formen und Funktionen der »Rückkehr« des Staates
in die Wirtschaft** 117

Elmar Altvater

Vom finanzgetriebenen zum staatsgetriebenen Kapitalismus

Die Tatsache, dass selbst der erzliberale George W. Bush als US-Präsident in Anbetracht der Finanzkrise anfang, Banken – die Inkarnation des Privaten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft – zu verstaatlichen, verdeutlicht, dass wir uns vor oder mitten in einem Paradigmenwechsel befinden. Denn die Idee, Banken nun in Staatshand zu übernehmen, fand nicht nur in den USA Anklang, sondern auch in vielen anderen Ländern, unter anderem auch in der Bundesrepublik Deutschland. Infolgedessen könnte man tatsächlich davon sprechen, dass sich der Kapitalismus in einem Übergang von einem finanzgetriebenen zu einem staatsgetriebenen Kapitalismus befindet. Man *könnte* davon sprechen, darf aber aus dieser Aussage keinesfalls darauf schließen, dass der Staat erst heute in die Regulation der kapitalistischen Gesellschaft eingreife und hineinkäme – der Staat war immer Teil des kapitalistischen Systems.

Der Kapitalismus ist seit seinen ersten Zuckungen, seit seiner Geburt staatsgetrieben. Ohne den Staat, ohne Politik, gäbe es Ökonomie nicht, ohne staatliche Regulation könnte der Markt überhaupt nicht funktionieren. Auch der liberale Nachtwächterstaat war immerhin noch Staat und selbst der liberalste Staat, wie er von Friedrich A. Hayek, dem Vertreter eines Ultra-Liberalismus imaginiert worden ist, wird als externe Macht gedacht, welche die Akteure in einer Marktwirtschaft veranlasst, genau das zu tun, was sie nach Marktgesetzen tun sollen, nämlich alle Regeln zu beachten. Tun sie das nicht, kommt die staatliche Autorität zur Geltung und zieht sie entsprechend zur Rechenschaft. Gerade bei den liberalsten Denkern wurde der Staat als ein autoritäres Monstrum mitgestaltet und nicht etwa ausgeschlossen.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass auch in der marxistischen Theorie – marxistisch, weil ich jetzt nicht ein Marx-Zitat bringe, sondern eines von Friedrich Engels – der Staat immer ein »ideeller Gesamtkapitalist« gewesen ist. Er *muss* in die Ökonomie im Interesse des gesamten Kapitals eingreifen. Wenn die einzelnen Kapitalisten kein Interesse haben, weil es nicht profitabel ist, das zu tun, was für die Funktionsweise einer kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist, beispielsweise Infrastruktur materieller und immaterieller Art bereitzustellen, kommt diese Aufgabe dann dem Staat zu. Infolgedessen kann man sagen, dass das, was der Staat heute tut, nämlich in die

Finanzkrise einzugreifen, um ihre schlimmsten Folgen vielleicht abwenden zu können, gar nichts Neues in der Geschichte des Kapitalismus ist.

Infolgedessen ist der Titel dieses Beitrages etwas missverständlich. Aber er ist gerechtfertigt. Denn der Kapitalismus wurde in den vergangenen vier Jahrzehnten, seit der »neoliberalen Konterrevolution« – so wurde dies von Milton Friedman in den 1970er Jahren ganz selbstbewusst bezeichnet –, mehr und mehr zu einem finanzgetriebenen Kapitalismus. Der Ex-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf Breuer, hat im Jahr 2000 in einem Interview in »Die Zeit« selbstbewusst getönt, die Finanzmärkte haben die Politik »ins Schlepptau genommen«, und dies sei auch gut so. Die Märkte sind in den 1970er Jahren liberalisiert worden und die Finanzmärkte mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ebenfalls. Anfang der 1990er Jahre waren die Finanzmärkte so frei wie niemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus. Nach dem Verschwinden des real existierenden Sozialismus erstreckte sich diese Freiheit auf den ganzen Globus. Damit wurde die Menschheit den Marktgesetzen unterworfen – so sehr, dass die Märkte das Sagen hatten und auch das Denken bestimmten. Jedenfalls das Denken von Margaret Thatcher, die in dieser Phase die Schlussfolgerung »there is no alternative« (TINA) zog – es gibt keine Alternative, wir sind am Ende der Geschichte angelangt, die Liberalisierung ist das A und O und wir wollen nichts anderes mehr haben.

Dazu gehörte auch die Deregulierung der Politik, die Abschaffung von Regeln, die zuvor auch Grenzen gesetzt haben: Grenzen sowohl im geographischen und politischen Sinne als auch Grenzen für das Verhalten der Akteure auf Märkten. Als Dreiklang kam zur Liberalisierung und Deregulierung die Privatisierung hinzu. Die Privatisierung beispielsweise von öffentlichen Gütern, also von Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung. Auch die Bildung von zentralen Preisen in der Weltwirtschaft wurde privaten Akteuren überlassen: Bis zum Zusammenbruch des so genannten Bretton-Woods-Systems 1973, dem System fixierter Wechselkurse, wurden die Zinsen von den Zentralbanken festgelegt. Da die Währungsmärkte kontrolliert und die Wechselkurse fixiert waren, war es möglich, die Zinsen nationalstaatlich, durch Zentralbank und Regierung, festzulegen. Das war mit dem Zusammenbruch des Systems vorbei. Die Nationalstaaten und ihre Institutionen, die Zentralbanken, verloren die Zinssouveränität an private Akteure auf den Finanzmärkten, an die Banken und Fonds, an Versicherungen und große, transnationale Konzerne, die jetzt mit ihren Politiken des Angebots und der Nachfrage die Höhe der Zinsen im Wesentlichen bestimmten. Die Zentralbanken konnten die Zinsen damit nur noch in eine Richtung beeinflussen, nämlich nach oben, aber nicht mehr nach unten. Wenn sie die Zinsen sen-

ken wollten, etwa aus beschäftigungspolitischen Gründen, lösten sie damit eine Kapitalflucht aus, die dazu führte, dass die frei schwankenden Wechselkurse absackten. Mit der Abwertung kam die Inflation zurück, so dass dies negative Konsequenzen für eine nationale Ökonomie in dieser liberalisierten Weltwirtschaft gehabt hätte. Wenn es möglich war, wurde die Bildung der Wechselkurse in spekulativen Attacken beeinflusst, um einen manchmal nicht nur kleinen, sondern sehr großen Extra-Profit einzusacken.

Seit der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte in den späten 1970er Jahren mussten nahezu alle Länder schwere Schulden- und Finanzkrisen durchmachen: die Schuldenkrise der »Dritten Welt« der 1980er Jahre; die Finanzkrise in den »Schwellenländern« von Mexiko 1994 über die asiatischen »Tiger-Länder« 1997 bis Argentinien 2001, die »New Economy«-Krise in den USA 2000 und schließlich die »subprime-crisis«, die die gegenwärtige schwere Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 auslöste.

Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung führten also zur Fluktualisierung der Wechselkurse und der Zinsen, alles bewegte sich sehr viel schneller, die so genannte Volatilität wurde immer größer. Mit der Vergrößerung der Schwankungsamplitude und zunehmenden Schwankungshäufigkeit ergaben sich wunderbare Geschäfte für die Akteure auf den Finanzmärkten, zum Beispiel Arbitragegeschäfte, indem man Kapital von einem Ort zum anderen, oder aus einer Anlage in eine andere transferierte.

In der Krise stellt sich diese schöne Situation nun aber als eine für die Akteure problematische, ja gefährliche heraus. Sie müssen in der Finanzkrise feststellen, dass sie über keine Sicherheiten verfügen. Wenn die Finanzmarktakteure über keine Sicherheiten verfügen, bei ihren Partnern auf den Märkten auch keine Sicherheit vermuten können und davon ausgehen müssen, dass diese eventuell gar nicht in der Lage sind, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie eingegangen sind, dann hören sie auf, untereinander Geschäfte zu machen. Dann findet das Gegenteil von Spekulation statt, nämlich »hedgen«, weil die Akteure »Hecken« der Sicherheit aufbauen und ihr auszuleihendes Kapital zurücknehmen.

So erklärt es sich, dass 2008/09 das passiert ist, was wir bereits in der Krise 1929 erlebt haben: Das Kreditvolumen wird rapide und radikal reduziert, weil niemand mehr dem anderen vertraut und auf diese Weise auch keine Ausleihungen an Kreditnehmer in der so genannten realen Wirtschaft stattfinden. Es fehlt also das Kapital, das die Investoren zur Durchführung von Investitionen eigentlich benötigen. Unternehmen, die das Kapital benötigen, um Liquiditätsklemmen zu überbrücken, bekommen nichts mehr, weil durch die Spekulation auf liberalisierten Märkten eine allgemeine Situation der Unsicherheit entstanden ist.

Um dies etwas genauer zu begreifen, ist es sinnvoll, auf die Analogie der Computerwelt zurückzugreifen. Der Unterschied zwischen Hard- und Software ist bekannt, ebenso, was Software-Treiber der Hardware sind. Das Ganze kann übertragen werden auf die Ökonomie und man kann sagen, dass die Finanzmärkte gewissermaßen wie ein Treiber – daher auch *finanzgetriebener* Kapitalismus – auf die Hardware wirken, den Akkumulationsprozess des industriellen Kapitals in der Wirtschaft. Das kann so lange gut gehen, wie der Treiber oder die Treibersoftware zu der Hardware passen und so lange das System nicht zum Absturz gebracht wird.

Wir haben aber den Absturz des Systems erlebt und müssen die Frage stellen, wie dies zu erklären ist. Wieso hat das System nicht funktioniert, wie es von allen gedacht war? Dabei ist es notwendig, sich genauer anzusehen, wie die Finanzmärkte und auch die reale Ökonomie funktioniert haben und wie sich das Verhältnis zwischen den beiden entwickelt hat. Wir müssen das Verhältnis in Rechnung stellen, um nicht einen Fehler zu machen, der sehr häufig gemacht wird, nämlich die Finanzkrise nur als Ausdruck von Bewegungen innerhalb des Finanzsektors zu verstehen. Würden wir so argumentieren, werden wir überhaupt nichts verstehen. Wir würden nicht verstehen, dass eine Finanzkrise erst dann ausbrechen kann, wenn die real produzierten Einkommensflüsse des realen Sektors, des Akkumulations- und Produktionsprozesses, nicht mehr ausreichen, um die Forderungen, die im Finanzsektor generiert werden, bedienen zu können. Solange dies möglich ist, gibt es keine Finanzkrise. Sobald sie es aber nicht mehr können, bricht sie aus.

Die Tatsache, dass die realen Ströme nicht mehr ausreichen, kann an zweierlei liegen oder an beidem zugleich: *Erstens* an den zurückgehenden oder nicht mehr ausreichenden realen Überschüssen der Einkommensflüsse im realen Sektor und *zweitens* an Forderungen, die im Finanzsektor erzeugt werden und über alle Maße hinausgehen, wodurch sie die reale Wirtschaft total überfordern. Beides ist in den vergangenen Jahren geschehen.

Zur Entwicklung der Real-Ökonomie: Man kann empirisch feststellen, dass die Profitrate auf das eingesetzte Kapital in den vergangenen Jahren gesunken ist. Im internationalen Vergleich hat dies unter anderem Robert Brenner in seinen Veröffentlichungen über die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg dargestellt (Brenner 2003 und 2004). Auch wenn man sich die Publikationen der OECD anschaut, findet man Informationen über die Entwicklung der Profitrate, die uns zeigen, dass die Rate stagnierend oder in bestimmten Phasen sogar rückläufig ist. Dies hat damit zu tun, dass neue technologische Paradigmen entwickelt werden, die die Kapitalproduktivität zunächst senken und auf diese Weise die orga-

nische Kapitalzusammensetzung steigern, um es in der Terminologie von Karl Marx auszudrücken.

Kosteneinsparungen im Verlauf des Akkumulationsprozesses durch Produktivitätssteigerungen und Druck auf die Arbeitskosten wirken zunächst positiv auf die Profitrate. Doch Kosteneinsparungen können auch zustande kommen, weil Umweltschäden externalisiert werden. Sie machen sich wegen des irreversiblen Charakters jeder Produktion und Konsumtion unweigerlich bemerkbar und mindern die Rentabilität des Kapitals. Die »sozialen Kosten der Privatwirtschaft« (K. William Kapp 1958) provozieren sozialen und politischen Widerstand, weil sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern.

Wenn dieser Widerstand erfolgreich ist, hat er ökonomische Auswirkungen: Der Einsatz von konstantem Kapital zum Schutz der Umwelt steigt, die Bedienung der gleichzeitig ansteigenden finanziellen Forderungen wird schwieriger. James O'Connor (1988) hat dies vor mehr als zwei Jahrzehnten als »second contradiction« der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet. Nicht nur der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist von Bedeutung für den Gang der Akkumulation, sondern auch das gesellschaftliche Naturverhältnis.

Die realen Überschüsse geraten also an jene Grenzen, die für alle Transformationsprozesse von Stoffen und Energien gelten. Im Kapitalismus erscheinen die Grenzen – formspezifisch – als Fall der Profitrate, durch den die Dynamik der Akkumulation zum Erliegen kommen kann. Dann ist die Krise unvermeidlich. Der Doppelcharakter der Produktionsprozesse hat zur Folge, dass die Krise zugleich eine Finanz- und Wirtschaftskrise und eine Umweltkrise, vor allem aber eine Energie- und Klimakrise ist.

Hinsichtlich der Entwicklung des Finanzsektors können wir genau das Gegenteil feststellen von dem, was in der realen Ökonomie passiert ist. Das Gegenteil heißt: Auf den liberalisierten und deregulierten Finanzmärkten herrscht globale Konkurrenz und deren Wirkung ist anders als die Wirkung der Konkurrenz auf normalen Gütermärkten. Auf den normalen Gütermärkten wird uns versprochen, dass die Preise der Güter nach unten gedrückt werden und die Qualität immer besser wird – die Konkurrenz hat hier eine positive Wirkung. Auf den Finanzmärkten hingegen konkurrieren Finanzplätze um liquides, Anlage suchendes Kapital, wollen attraktiv sein für diejenigen mit extrem hohem monetären Reichtum. Um die anzulocken, muss man ihnen hohe Renditen anbieten. Folglich konkurrieren die Finanzplätze einerseits mit stabiler Währung, die durch eine rigide, restriktive Geldpolitik, mit Hochzinspolitik herbeigeführt wird. Dies treibt alle Renditen weit nach oben, bis solch absurde Aussagen zustande kommen, wie jene vom

Deutsche Bank-Chef Ackermann, dass 25% Rendite auf das Eigenkapital normal seien.

Da die Finanzmärkte in den vergangenen Jahrzehnten liberalisiert worden sind und Regeln kaum noch existieren, die die Märkte und die Subjekte, die auf ihnen das Sagen haben, in Schranken halten, können auf den Finanzmärkten (Finanz-)Innovationen realisiert werden, die zumindest zeitweise in der Lage sind, absurde Ackermann-Renditen realistisch erscheinen zu lassen.

Worin bestehen diese Innovationen? *Erstens* in der Verbriefung seit den 1990er Jahren. Banken geben nicht nur Kredite aus, sondern die Kredite werden gebündelt und über diese Bündel werden Papiere ausgeschrieben, die eine bestimmte Rendite versprechen. Diese Papiere können auf den Finanzmärkten wie Schweinehälften, Kakaonüsse oder Joghurtbecher weltweit gehandelt werden. Auf diese Weise sind auch die Subprime-Kredite und die Papiere darüber zustande gekommen, die in der ganzen Welt gestreut worden sind. Alle haben sie gekauft, weil sie eine hohe Rendite versprochen haben. In der Krise ist es mit der hohen Rendite aber nichts mehr, denn eine Forderung, die nicht bedient wird, ist nichts mehr wert. Ein Papier, das keinen Einkommensfluss erbringt, ist nichts wert. Es muss abgewertet und abgeschrieben werden und manchmal bis zu 100%. Niemand will so etwas auch nur mit spitzen Fingern anrühren. Es handelt sich ja um »toxische Papiere«.

Der *zweite* Schritt der Innovationen besteht darin, diese Briefe in speziellen Gesellschaften zu sammeln und sie so aus der Bilanz der Bank herauszuhalten, damit sie die Eigenkapitalvorschriften, die ihnen aufgrund des Baseler Abkommens vorgeschrieben sind, nicht mehr einhalten müssen. Das eigentlich der Sicherheit dienende Eigenkapital kann dann überzogen werden. Die Bank arbeitet also immer mehr mit Schulden und je höher diese sind, desto höher ist auch die Eigenkapitalrendite.

Die *dritte* Innovation besteht in der Verlagerung dieser Zweckgesellschaften in Offshore-Finanzzentren, um sie der Aufsicht zu entziehen. Verlagert werden sie somit in die »schwarzen Löcher der Weltwirtschaft«, nach Luxemburg, in die Schweiz oder – wenn das nicht ausreicht – auf die Bahamas, die Cayman-Inseln in der Karibik, die Kanalinseln in Großbritannien, nach Delaware oder Wyoming. Auch diese sind schwarze Löcher der Weltwirtschaft, obwohl es sich dabei um Bundesstaaten der führenden Weltmacht handelt. Wenn wir über Offshore-Finanzzentren reden, dürfen wir nicht vergessen, dass diese auch in hoch entwickelten, wohl regulierten, »anständigen« und auf keiner schwarzen Liste aufgeführten Ländern wie den USA und Großbritannien existieren. Es ist bekanntlich ein Geschäftsmodell, mit dem

man viel Geld machen kann, also dehnt man es aus, indem man Fremdkapital zu relativ niedrigen Zinsen aufnimmt. Es muss aber jemand dazu bereit sein, den Billigen Jakob des Geldes zu spielen. Genau das hat Alan Greenspan nach dem 11. September 2001 getan: Die Zinsen sind gesenkt worden, so dass man relativ billig bei der Zentralbank leihen konnte. Man kauft mit dem Geld Papiere, bündelt sie und macht damit weitere Geschäfte. Die Eigenkapitalbasis wird mit Fremdkapital aufgeblasen, damit entsprechende Geschäfte und Gewinne gemacht werden können. Obwohl diese Gewinne mit einer großen Fremdkapitalbasis finanziert wurden, bezieht man sie auf die schmale Eigenkapitalbasis.

Das ist das Geheimnis, weshalb Ackermann 25% Rendite versprechen kann. Mikroökonomisch betrachtet ist das möglich. Es ist möglich, indem man mit dem Hebel des Fremdkapitals, mit dem »Leverage-Effekt«, souverän umgeht. So kommt die Absurdität zustande, dass diejenigen am erfolgreichsten wirtschaften, die sich am höchsten verschulden und mit dem geringsten Eigenkapital ihre Geschäfte unterlegen. Diejenigen also, die die Unsicherheit ihres Finanzinstituts steigern und dabei hohe Gewinne machen können, sind also die erfolgreichsten Banker oder Fondsmanager.

Dass das auf Dauer nicht gut gehen kann, ist einsichtig. Denn es entspricht nur der mikroökonomischen Logik, makroökonomisch ist das verheerend, darauf hat bereits der amerikanische Ökonom Nouriel Roubini (2009) aufmerksam gemacht: Das US-Bankensystem verfügt zusammengenommen über ein Eigenkapital von rund 1.400 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig verwaltet das System faule Wertpapiere in der Größenordnung von nominell über 2.000 Milliarden Dollar. Mit anderen Worten heißt das, dass das US-Bankensystem als Ganzes genommen de facto pleite ist. Dasselbe ist auch 1934 passiert. In Deutschland sieht in der gegenwärtigen Krise die Situation nicht anders aus. Das Eigenkapital der deutschen Banken zusammengenommen beträgt 360 Milliarden Euro, aber die Verpflichtungen, die diese Banken haben und die faulen Papiere, die die Banken in ihren Kellern haben, betragen über 1.000 Milliarden Euro. Auch hier ist gesamthaft gesehen das System pleite.

Finanzinnovationen führen also zu einer hohen Rendite, steigern aber auch in beträchtlichem Ausmaß die finanzielle Instabilität. Wir wissen seit John Maynard Keynes, dass die Finanzmärkte instabil sind und wir können in diesem Fall im Nachhinein auch sehr genau nachvollziehen, worin diese Instabilitäten bestehen.

Es gibt noch weitere Innovationen, die allesamt die finanzielle Instabilität unterminieren. Ein Instabilitätsfaktor ersten Ranges sind die Rating Agenturen. Denn sie haben die hybrid gebündelten Wertpapiere bewertet. Sie ha-

ben bei ihrem Rating in aller Regel die höchste Bewertung AAA vergeben, allein schlicht deshalb, weil die Unternehmen ansonsten eine andere Rating Agentur beauftragen würden. Die Agenturen haben deshalb ein Interesse daran, Papiere möglichst gut zu bewerten, auch wenn sie nichts wert sein sollten. Ihre Repräsentanten denken schon an den nächsten Folgeauftrag.

Manch einer im Finanzsektor wird sich denken, dass das doch nicht weiter tragisch sei. Man ist ja gegen den Zahlungsausfall versichert durch den Kauf von Credit Default Swaps (CDS). Damit, glauben sie, haben sie alles versichert, was sie an Ausleihungen besitzen. In einem Gesamtwert von ca. 62.000 Milliarden US-Dollar existieren solche Versicherungen – viel mehr als das Weltbruttosozialprodukt. Auch wenn man das saldiert und davon ausgehen kann, dass nicht alle Wertpapiere und Kreditverträge fallieren, bleibt noch immer ein Wert von ca. 12.000 Milliarden solcher höchst riskanten Credit Default Swaps bestehen. Wenn die in Anspruch genommen werden sollten, weil der Versicherungsfall eintritt, wären der große international tätige Versicherungskonzern »American International Group« (AIG) und andere Versicherer mit größter Sicherheit pleite.

Damit das nicht passiert, muss der Staat eingreifen – jedenfalls denkt man so. Damit das Ganze funktioniert, wurde dasselbe gemacht wie im real existierenden Sozialismus der 1960er Jahre mit dem »neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« in der damaligen DDR: man führte die so genannte materielle Interessiertheit ein. Es existierte der Plan und das Gewinninteresse des Unternehmens, für das die Manager zuständig waren, aber damit sie es richtig machten, mussten sie materiell daran interessiert sein. Deswegen bekamen sie auch im real existierenden Sozialismus Boni und Prämien, die sich jedoch auf einem Peanut-Niveau befinden im Vergleich zu den Prämien und Boni unserer Finanzagenten. Diese haben die manchmal zweistelligen Millionen-Prämien kassiert, aber die Kosten, die daraus entstanden sind, die haben sie der Gesellschaft überlassen.

Im Finanzsektor hat es also einen Mechanismus von Finanzinnovationen gegeben, der zu einer Steigerung der Renditeansprüche geführt hat, während in der Realökonomie die Überschussproduktion geringer geworden ist oder bestenfalls stagnierte, so dass sich eine Spannung aufgebaut hat, die in dem Crash, dessen Zeuge wir gegenwärtig sind, eklatiert ist.

Jetzt kommt der Staat ins Spiel. Dabei kann er auf drei Wegen einzelne Banken, Fonds und Versicherungen aus der Krise »herausbauen« und das Bankensystem insgesamt vor dem *big crash* zu bewahren versuchen. Er kann *erstens* einen Schirm von Bürgschaften aufspannen, *zweitens* die Banken rekapitalisieren und sie *drittens* von den faulen Papieren befreien, indem er diese in eine »bad bank« übernimmt.

Zur *ersten Methode*: Der Bürgschaftsschirm – in Deutschland sind es 480 Milliarden Euro – soll die Sicherheit der Banken im Geschäftsverkehr durch eine Staatsgarantie erhöhen, damit im Interbankenmarkt wieder Vertrauen aufgebaut und wechselseitig Kapital geliehen wird und damit der Bankenmarkt als Basis für die Ausleihungen auch an Investoren der realen Ökonomie wieder in Gang kommt. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass diese Bürgschaften in Anspruch genommen werden müssen. Dann wird diese Maßnahme, von der tröstend gesagt wird, sie koste nichts, für die Steuerzahler teuer.

Zur *zweiten Maßnahme*: Durch eine Re-Kapitalisierung wird den Banken Haftungskapital zugeführt, das zur Deckung von Verbindlichkeiten abgeflossen ist. Fließt zu viel Kapital ab, müssten die Anteilseigner nachschießen. Wenn sie dies unterlassen, weil sie entweder nicht über ausreichende Mittel verfügen oder »schlechtem Geld kein gutes Geld hinterherwerfen« oder schlicht das Unternehmen »absaufen« lassen wollen, müsste ein betroffenes Institut Insolvenz anmelden und möglicherweise schließen. Wenn einer Bank systemische Bedeutung beigemessen wird, kann die Re-Kapitalisierung nur durch den Staat vorgenommen werden. Dann wird der Staat zum Eigner, zu einer Art »ideellem Gesamtbankier« (in Analogie zu Friedrich Engels Charakterisierung des bürgerlichen Staates als eines »ideellen Gesamtkapitalisten«).

Diese Rolle des Kapitaleigners kann allerdings nicht so einfach gespielt werden, wie sie der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück interpretierte: Kapital wird in die Banken eingeschossen, aber es sei »nicht die Absicht des Staates, strategischen Einfluss auf den Bankensektor zu nehmen« (»Die Zeit« vom 16.10.2008). Der Staat *muss* Einfluss nehmen, und zwar einmal aus Gründen der Transparenz. Kapitalgeber stehen in der Verantwortung für die Geschäftspolitik des mit Staatsgeldern geretteten Instituts. Darüber hinaus ist der Staat (vertreten durch die demokratisch legitimierte Regierung) den Steuerzahlern rechenschaftspflichtig und kann sich schon aus demokratietheoretisch herzuleitenden Gründen nicht aus der Verantwortung ziehen. Und schließlich gebietet die Kapitalbeteiligung an den Banken auch die Übernahme von Verantwortung für die Kredit- und daher Investitionspolitik. Es wird immer betont, die Krise bereite nicht nur Elend, sondern biete auch Chancen. Hier ist die Chance, nämlich die Möglichkeit einer Investitionslenkung nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Die *dritte* Form der staatlichen Stützung des maroden Bankensystems ist die offene und skrupellose Sozialisierung der Verluste in Gestalt der Übernahme »toxischer Papiere« in einer Zweckgesellschaft, in einer »bad bank«. Diese Idee wird dem Publikum mit dem Versprechen schmackhaft

gemacht, dass sich ja nach dem Ende der Krise die billig übernommenen schlechten Papiere bei der Rückführung der Banken in Privatbesitz verwerten lassen. Es wird immer auf das Beispiel Schwedens zu Beginn der 1990er Jahre verwiesen, wobei unterschlagen wird, dass in der Geschichte der Finanzkrisen die Betreiber einer »bad bank« zumeist auf ihren giftigen Papieren sitzen geblieben sind. Das ist ja gerade der Grund, weshalb der Staat zu Hilfe gerufen wird. Aber es kommt sehr darauf an, wie die »bad bank« konstruiert wird.

Die eine Frage lautet, zu welchem Kurs die toxischen Papiere, für die es keinen Marktwert mehr gibt, zu übernehmen sind. Im Fall der HypoRealEstate war der Staat sehr kulant: Zu 1,39 Euro wurden die Anteilscheine vom Staat gekauft – gehandelt wurden sie an der Börse zuvor mit 1,14 Euro. Solche Großzügigkeit kommt allerdings nur Anteilseignern zugute, einem Hartz IV-Empfänger kann so etwas nicht passieren. Hier zeigt sich denn auch, dass nicht der Staat selbstbewusst in der Krise der Politik gegen die ökonomischen Interessen der Geldvermögensbesitzer auftritt, sondern eher der Staat durch die großen Akteure auf den Finanzmärkten in Dienst genommen wird. Dies wäre eine neue Form der Privatisierung des Öffentlichen; der Staat dient der Stabilisierung privater Eigentumsverhältnisse.

Die andere Frage ist, wie lange die toxischen Papiere übernommen werden, ob auf Dauer oder befristet. In Deutschland sollten sie ursprünglich nach sechs Monaten von den Banken wieder zurückgenommen werden. Das war für die Banken uninteressant, weil so die faulen Papiere nicht dauerhaft aus der Bilanz entfernt werden konnten. Daher wird die Forderung erhoben, sie so lange zu übernehmen, bis sie wieder auf dem Kapitalmarkt möglichst gewinnbringend abgestoßen werden können oder der Steuerzahler sie definitiv übernimmt.

Der Staat kommt deshalb ins Spiel, weil er die einzige Institution ist, die noch die Finanzflüsse zum Finanzsektor organisieren und garantieren kann. Die Finanzflüsse aus der Realwirtschaft zum Finanzsektor und innerhalb des Finanzsektors sind eingetrocknet oder abgeschottet worden. Qua seiner hoheitlichen Funktion als Steuerstaat wird der Staat nun wichtig. Die Neoliberalen, die den Steuerstaat mit einer Politik der Steuersenkungen demontieren wollten, merken jetzt, dass die Bankenrettung durch den Staat eine Notwendigkeit ist. Selbst der neoliberale Ökonom Hans-Werner Sinn spricht plötzlich von Staatsversagen, weil der Staat seiner Regulationsaufgabe nicht nachgekommen sei. Dabei muss aber angemerkt werden, dass das staatliche Nichtstun gerade der Erfolg der Neoliberalen war – der Staat hat immer genau das gemacht, was sie ihm empfohlen haben. Er sollte sich zurückziehen und möglichsste keine Steuern mehr erhöhen. Die FDP hat dies

zum Kernpunkt ihres Wahlprogramms gemacht und als Steuersenkung für ihre Klientel in der ersten Euphorie nach dem Wahlsieg durchgesetzt. Plötzlich aber soll der Staat Mittel zur Verfügung stellen, um die Banken zu retten. Diese absurden Widersprüche in der Denkweise der Neoliberalen sind allenfalls ideologiekritisch und in der politischen Tagespropaganda interessant, theoretisch bringen sie nichts.

Dass der Staat als Steuerstaat auf einmal wichtig wird, hat natürlich auch Konsequenzen, beispielsweise für den europäischen Integrationsprozess. Die europäische Integration war immer in erster Linie eine »negative Integration« durch Deregulierung und Abbau des Staatseinflusses. Daher liegen die Steuereinnahmen der Europäischen Union bei etwa 0,9 bis 1% des BIP der EU. Damit kann man allenfalls Koordinierungsaufgaben übernehmen. Die fiskalischen Ausgaben auf der Basis der Steuereinnahmen werden von den Nationalstaaten übernommen. Der Nationalstaat wird in der Finanz- und Wirtschaftskrise nun als Interventionsstaat fiskalpolitisch aber außerordentlich wichtig. Wenn man sich die Daten anschaut, die von der OECD, der UNCTAD, dem IWF und auch von anderen zusammengetragen werden, dann sieht man, dass im März 2009 4,57% des BIP der Welt als Staatsausgaben zur Krisenbewältigung ausgegeben wurden. Das ist das Fünffache dessen, was der EU als ordentliche Einnahmen zur Verfügung steht. Sie kann also nur höchst begrenzt Politik gegen die Krise machen. Diese Aufgabe fällt an die nationalen Regierungen zurück. Diese verschulden sich dabei. Die Folge ist, dass die Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus nun auch den staatsgetriebenen Kapitalismus ergreift.

Charles P. Kindleberger (1973), dessen Buch über die große Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre sehr bekannt geworden ist, hat einige Lehren gezogen, von denen die wichtigsten sind:

- In einer kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaft muss die Zentralbank, zins- und fiskalpolitisch unterstützt vom Staat aktiv in den Wirtschaftskreislauf eingreifen. Das neoliberale *laissez-faire*, wie es auch vor der damaligen Krise Gültigkeit hatte, ist nicht mehr zeitgemäß. Der Staat wird innerhalb des Wirtschaftskreislaufs eine sehr wichtige Rolle spielen müssen, wenn dieser irgendwann wieder in Gang kommen soll.
- Der Staat muss eine Rolle als hegemoniale Macht innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaft spielen. Das ist wichtig für die Bereitstellung der Währung, in der die Handels- und Finanzkontrakte erfüllt werden müssen. Gegenwärtig ist diese Aufgabe noch in keiner Weise bewältigt – das war 1933 auch so. Der Dollar wird auf Dauer nicht mehr (die einzige) Leitwährung sein können. Die Frage ist, ob die Auseinandersetzung um die Leitwährung aufgeschoben werden kann, ob sie in einen großen

Konflikt mündet oder ob eine Einigung durch Abkommen auf friedliche Weise erreicht werden kann.

- Kann der Staat als Steuerstaat und als fiskalisch wichtiger Interventionsstaat eine Politik der Vollbeschäftigung durchführen? Wie müsste – im Unterschied zu den 1930er Jahren – im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Vollbeschäftigung definiert sein? Könnte das Wachstum der Wirtschaft noch wie vor 80 Jahren einen Ausweg aus der Krise weisen, oder wird Wachstum neue Probleme provozieren: die Energie- und Klimakrise verschärfen, den Hunger in der Welt steigern, die Ungleichheiten vergrößern?

Diese Fragen mit Rückblick auf die Krise der 1930er Jahre sollen deutlich machen, dass die Situation heute tatsächlich dramatisch ist. Wir befinden uns tatsächlich an einer Art Zeitenwende. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist in der Tat an einem Ende. Ob ein anderer Kapitalismus folgt oder eine »post-kapitalistische« Gesellschaft, vielleicht ein »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« entsteht, wissen wir nicht. Es hängt aber von uns ab, welche Übergangsschritte in der grundsätzlichen Auseinandersetzung wir unternehmen.

Literatur

- Altvater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Finanzen und Natur, Münster.
- Altvater, Elmar (2009): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, 6. Auflage, Münster.
- Brenner, Robert (2004): Neuer Boom oder neue Bubble? Ist der gegenwärtige Aufschwung der US-Wirtschaft eine Seifenblase? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4-2004, Hamburg.
- Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Aus dem Amerikanischen von F.O. Wolf, Hamburg.
- Kapp, K. William (1958): Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft. Tübingen und Zürich.
- Kindelberger, Charles P. (1973): Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, München.
- O'Connor, James (1988): Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction. In: Capitalism nature Socialism, Journal of Socialist Ecology, No. 1-1988.
- Roubini, Nouriel (2009): Warning: More Doom ahead, in: Foreign Policy, January.